

Für Merkel und Co werden Wahlversprechen zum großen Problem

26.10.2017, 09:34 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Agenda 2011 - 2012*

Presseagentur: *Agenda News*



Pressebericht Nr. 595

Die Parteien haben Wahlversprechen von 135 bis 178 Mrd. Euro abgegeben. Nun werden sie auf 30 Mrd. Euro gekürzt. Armut ist kein Zufall, sondern politischer Wille in Gestze verpackt.

Lehrte, 26.10.2017. Eine boomende Wirtschaft, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Menschengedenken, Börsen mit einem Dax von über 13.000 Punkten, Politiker, Unternehmen und Medien, die alles schönreden. Da müsste es ein Kinderspiel sein, zu einem gerechten Koalitionsvertrag zu kommen. Hinter der Kulisse sieht es anders aus, es geht um Macht, egal was es kostet. Als größte politische Leistung wird die Einführung des Mindestlohns gesehen. Ein Lediger erhält 8,84 Euro Stundenlohn. Bei 180 Arbeitsstunden ergibt das einen Nettolohn von 1.188 Euro.

Diese 1.188 Euro stehen für die Sicherung der Grundbedürfnisse von Beschäftigten und haben Hungerlöhne abgelöst. Warum erhält eine arbeitslose alleinerziehende Mutter dann nur den Regelsatz von 804 Euro, 1,01 Prozent Steigerung zum Vorjahr. Die Gründe liegen in der konservativen und kapitalistischen Vorgeschichte. Die Wirtschaftswissenschaft forderte und fordert grenzenlose Schulden, um Wirtschaftswachstum zu steigern. Dem sind die Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel bereitwillig gefolgt und haben seit 1969 rund 2.150 Mrd. Euro mehr ausgegeben, als der Staat eingenommen hat.

Seit dieser Zeit wurden 25 Steuerarten abgeschafft - die Einnahmen daraus. Des Weiteren hat Helmut Kohl 1989 die

Senkung der Lohnsteuer von 56 auf 42 % auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer "ausgesetzt". Kohl, Schröder und Merkel haben dadurch auf rund 1.300 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet. Schröder hat mit Agenda 2010 Beschäftigte mit Dumpinglöhnen, Zeitarbeit, Werkverträgen und Minijobs bestraft. Mit der Senkung der Bemessungsgrenze für Renten auf 43 % wird ein großer Teil der Rentner in Armut getrieben.

Nach der europäischen Statistik (Eurostat) betragen die deutschen Staatsschulden 2016 rund 2.150 Mrd. Euro. Legt man die Schuldenquote von 68,3 % zugrunde, ist Deutschland mit 261 Mrd. Euro (8,3 %) überschuldet. Deutschland hat kein angespartes Vermögen. Die Ein- und Ausgaben des Bundeshaushalts liegen 2017 bei 335 Mrd. Euro. Darin enthalten sind 175,1 Mrd. Euro Sozialausgaben und 159,9 Mrd. Euro Restbudget der 14 Haushalte. In den letzten 5 Jahren lagen die Steuereinnahmen um rund 100 Mrd. Euro über den geplanten Einnahmen. Die 100 Mrd. Euro befinden sich auf keinem Konto, sondern haben Haushaltslöcher gestopft.

Die Regierung hat Zahlungsversprechen von 4.800 Mrd. Euro abgegeben. Die keiner kennt und bis 2040 jährlich 218 Mrd. Euro kosten. Deutschland hat ein eklatantes Einnahmenproblem und kein angespartes Kapital. Merkel, Seehofer und Lindner lehnen die Wiedereinführung der Vermögensteuer, der Börsenumsatzsteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer ab. Womit wollen sie die Wahlgeschenke von 135 bis 178 Mrd. Euro bezahlen? Die Regierung hat einer Erhöhung des Wehretats auf 2 % des BIP zugestimmt. Das bedeutet für die nächsten 10 Jahre jährliche Mehrausgaben von rund 35 Mrd. Euro. Es besteht ein Investitionsstau von rund 320 Mrd. Euro.

In den nächsten 2 Jahren gehen 200.000 Beamte in Pension. Der stufenweise Ersatz kostet Milliarden. Es fehlen 100.000 Pfleger(innen) und 100.000 Personen im Öffentlichen Dienst usw. Wohl gesagt, für alles steht kein zusätzlicher Euro zur Verfügung. In den nächsten 4 Jahren sind die große Steuerreform, Renten- und Gesundheitsreform u. a. Reformen nicht geplant. Bei der Regierungsbildung sollte darauf hingewiesen werden, dass bis 2040 rund 20 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Dazu sind einschneidende Reformen notwendig mit denen man nicht erst nach der neuen Legislaturperiode 2033 beginnen kann.

In der ersten konstituierenden Bundestagssitzung haben alle Parteien betont, auf neue Schulden zu verzichten. Welch ein Hohn.

2016 zahlten Arbeitgeber und Arbeitnehmer 705 Mrd. Euro in die Sozialsysteme inklusiv Lohnsteuer ein. Bei 20 Mio. Arbeitslosen beträgt der Fehlbetrag rund 1.000 Mrd. Euro (50 % von 705 Mrd. Euro). Das sind heute unvorstellbare Einnahmenverluste, die Koalitionäre zur Kenntnis nehmen müssen. Die Zukunft ist nur zu finanzieren, wenn die Staatseinnahmen stimmen und alle Teile der Zivilgesellschaft, des Handels (65 % vom BIP) und der Produktion (35 % vom BIP) angemessen an der Kosten des Staates beteiligt werden.

Agenda 2011-2012 ist der Zeit weit voraus. Die Initiative wurde im Mai 2010 gegründet und ist ein globales Konzept gegen Finanzkrisen. Der Öffentlichkeit wurde parallel dazu im Internet ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Agenda 2011-2012 gibt präzise und komplexe Antworten auf die Schuldenkrise und globale Krise.

Dieter Neumann

Pressekontakt:

Agenda News
Herr Dieter Neumann
Ahlteiner Straße 25
31275 Lehrte

fon ...: 05132-52919
web ...: <http://www.agenda2011-2012.de>
email : info@agenda2011-2012.de

Portrait

Agenda 2011-2012 wurde im Mai 2010 gegründet und ist ein globales Konzept gegen Finanzkrisen. Der Öffentlichkeit wurde parallel dazu im Internet ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Das Gründungsprotokoll ist 2010 als Sachbuch erschienen und aus Authentizitätsgründen in der Staatsbibliothek Berlin hinterlegt.

Agenda News ist das Presseorgan von Agenda 2011-2012. Presseberichte von Agenda News sind Spots zum Sachbuch Agenda 2011-2012 "Protokoll einer Staatssanierung - Wege aus der Krise", Dieter Neumann, Books on DEMAND-Verlag Mai 2016. Fazit: "Die Krise wird nur mit einer angemessenen Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates überwunden".

News-ID: 976612 • Views: 423 (Stand: 04.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/976612/Fuer-Merkel-und-Co-werden-Wahlversprechen-zum-grossen-Problem.html>